

schafflichen Isolierung aufzugeben. Man hoffe dadurch, die anderen Länder zur Herabsetzung ihrer Zollschranken zu ermutigen. Der Handelsminister Roper hat diese Ausführungen noch unterstrichen und soeben erklärt, der für alle Beteiligten vorteilhafte Warenaustausch könne nur durch gegenseitige Herabsetzung der Zollschranken erreicht werden. Amerikas Ziele liegen also in dieser Richtung und weiter in einer Preiserhöhung für Rohstoffe. Daneben soll Amerika die Rückkehr zum Goldstandard fordern, auf die England jedoch schwer oder gar nicht eingehen wird. England und Frankreich rechnen mit einem Schulden-Moratorium, dem Roosevelt aber mit der Begründung ausweicht, daß der Kongress hierfür nicht zu haben sei. Für die europäischen Staaten ist jedoch diese Schuldenfrage die Hauptsache. Bezeichnend ist, daß auf französischer Seite Herriot die Verhandlungen führt, der sich bekanntlich mit äußerster Energie für die Schuldzahlung eingesetzt hat, jedoch am französischen Parlament gescheitert ist. Dafür, daß auch die Ab-rüstungsfragen zur Verhandlung kommen, liegen bisher keinerlei Anzeichen vor. Besondere Bedeutung dürfte den amerikanischen Verhandlungen mit Macdonald zukommen, der bekanntlich als Präsident der Weltwirtschaftskonferenz amtiert wird.

Die Arbeits- und Wirtschaftsverfassung.

Allmähliche Umgestaltung.

Berlin, 11. April. (Wolff-Telegr.) Wie der Reichsarbeitsminister in zwei Rundschreiben mitteilt, ist die Reichsregierung entschlossen, die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsverfassung grundlegend neu zu ordnen mit dem Ziele, alle an der nationalen Wirtschaft Beteiligten zu wahrer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzufassen. Bei den vielfachen Verpflichtungen des deutschen Wirtschafts- und Arbeitslebens kann aber die Ablösung des bisherigen Systems nicht mit einem Male erfolgen. Für die notwendige Uebergangszeit müssen die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen in Geltung bleiben.

Die Reichsregierung hielt es für die Pflicht aller Beteiligten, die in den Tarifverträgen getroffene Regelung, soweit sich ihre Verringerung nicht als unumgänglich notwendig erweist, zunächst aufrechtzuerhalten. Die Beruhigung unseres Wirtschaftslebens ist auch dadurch zu fördern, daß Verminderungen der Belegschaften soweit als möglich vermieden werden. Bei unvermeidbaren größeren Entlassungen ist zuvor mit den zuständigen Behörden Fühlung zu nehmen.

Weiterhin hält es die Reichsregierung für erforderlich, schon in der Uebergangszeit die hinter ihr stehenden Arbeitnehmerkreise maßgebend zu beteiligen. Mit dem Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen sowie dem Gesetz über den Reichsarbeitsrat ist das gesetzliche Monopol bestimmter Arbeitnehmervereinigungen beseitigt. Auch die tatsächliche Monopolstellung dieser Gewerkschaftsrichtungen, die sich aus der verschiedenartigen Auslegung des Begriffs der wirtschaftlichen Vereinigung seitens der Verwaltungsbehörden und des Reichsarbeitsministers ergab, muß aufhören. Bis zur endgültigen Regelung des Restes der wirtschaftlichen Vereinigungen müssen die vom Reichsarbeitsgericht zum Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung entwickelten Grundzüge auch von den Verwaltungsbehörden des Reiches und der Länder zur Grundlage ihrer Entscheidungen über die Anerkennung oder Nichtanerkennung eines Verbandes als wirtschaftliche Vereinigung genommen werden.

Soweit ein Verband als wirtschaftliche Vereinigung anzusehen ist, steht ihm auch die Prozessvertretung vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten zu, ohne daß es dazu einer ausdrücklichen Vertretung dieser Befugnis auf Grund des Artikels 4 des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen bedarf.

Bestrebungen für eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 12. April. (Drahtb.) Eine Nouvelle kommt noch einmal auf die Unterredung zwischen dem französischen Botschafter in Berlin François Poncet und Reichskanzler Hitler zurück, der besondere Bedeutung beizumessen sei, nach Ansicht des Blattes auch deshalb, weil Reichswehrminister General v. Blomberg ihr beigewohnt habe. Man dürfe deshalb annehmen, daß die deutsch-französischen Beziehungen, die bei dieser Unterredung erörtert worden sein dürften, nicht nur vom rein politischen Gesichtspunkt aus behandelt worden seien. Die Auffassung in Berlin gehe dahin, daß eine Veränderung der politischen Situation eingetreten sei. Deutschland könne nicht mehr als eine quantitativ neigliche betrachten werden. Andererseits beginne man in Frankreich sich Marxismus, daß das Versailler Diktat nicht mehr ein Sicherheitspfand für die Zukunft darstelle. Ein Schritt bleibe also zu tun. Die deutsche Regierung der nationalen Erhebung sei bei weitem mehr dazu in der Lage, als eine der vorangegangenen, denn die gesamte deutsche Nation würde hinter ihr stehen, wenn Deutschland und Frankreich zu einer Verständigung zwecks Wiederaufbau und Befriedung Europas gelangten. In Frankreich würde eine Anregung in dieser Richtung zweifellos einen tiefgreifenden Einfluß ausüben. Keine französische Regierung würde es wagen, einen derartigen Gedanken zu Fall zu bringen. Solche Gedankengänge seien in manchen deutschen Kreisen zu hören und seien François Poncet in bestimmten Umrisen dargelegt worden. Der französische Botschafter habe sich zur Berichterstattung nach Paris begeben.

An diese Kombinationen knüpft das Blatt jedoch die häßliche Bemerkung, immer, wenn die deutsch-französischen Beziehungen eine kritische Phase durchmachen, entsetze Deutschland plötzlich seine zärtlichen Gefühle für Frankreich und lade Frankreichs Freundschaft zu gewinnen. Bisher seien solche Ergüsse aber immer ohne Folgen geblieben. Leider hätten bis jetzt stets die Ereignisse die großen Hoffnungen, die man darauf gesetzt habe, nicht gerechtfertigt.

Tschechischer Industrieller verhaftet.

Wegen Gefährdung der deutschen Volkswirtschaft.

Auf Veranlassung des Oberpräsidenten für die Provinz Schlesien, Brüdnier, ist in Breslau der tschechische Zuckerindustrielle Dr. Janotta verhaftet worden. Janotta, der früher österreichischer Legationrat war und seinen Wohnsitz in Stempowice in der Tschechoslowakei hat, ist seit langem an vielen Zuckerunternehmungen in Oberschlesien führend beteiligt. Seine Festnahme wird vom Oberpräsidium damit begründet, daß er sich in einer Art betätigt habe, die für die deutsche Volkswirtschaft sehr gefährdend gewesen sei. Außerdem liegt gegen Janotta eine Anzeige wegen Verstoßes gegen die Devisenverordnung vor.

Da Janotta im Begriff stand, seinen Einfluß weiter auszudehnen, habe das Oberpräsidium schnell zugreifen müssen. Inzwischen ist auch von den Justizbehörden das Vorgehen gebilligt worden. Die Staatsanwaltschaft hat Haftbefehl gegen Janotta beantragt. Bei seiner Vernehmung ergab sich, daß er neben der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit auch die von Liechtenstein erworben hat.

Sprengstofflager und Geheimsender der SPD. gefunden.

Clausthal-Zellerfeld, 11. April. Die wiederholten Aktionen gegen die SPD in Clausthal-Zellerfeld hatten einen neuen Erfolg zu verzeichnen. In der letzten Nacht wurden alle Stollen und Gänge des seit langem stillgelegten Marien-Schachtes durch Polizei und SA durchsucht. Die Durchsuchung war für die Beteiligten äußerst gefährlich. Durch hereinbrechendes Gestein wurde der SA-Mann Stahlmann schwer verletzt. Die Durchsuchung förderte einen Radiosendeapparat der SPD, zutage, der vollkommen in Zint eingeleitet war, ferner 28 Kilo Sprengpulver, 3500 Sprengkapseln und 500 Meter Zündschnüre. Im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen sind heute vormittag mehrere Personen verhaftet worden. Die Untersuchung der Stollen wird unter der Leitung der Staatsanwaltschaft fortgeführt.

Erlangung des Kraftfahr-führerscheins soll erleichtert werden.

Berlin, 11. April. Im Arbeitsausschuß des Beirates für das Kraftfahrwesen wurden u. a. Fragen der Gebühren und des Fahrschulwesens behandelt. Die Erlangung des Führerscheins und die Zulassung der Kraftfahrzeuge sollen in mehrfacher Hinsicht, insbesondere durch Herabsetzung der Gebühren, erleichtert werden. In der strengen Handhabung der praktischen Führerprüfung ist nach Meinung des Ausschusses festzuhalten. Die nötigen Gesetzesänderungen sollen beschleunigt in die Wege geleitet werden.

Die Krise in der Deutschen Volks-partei.

Die DVP-Rheinland-Westfalen löst sich auf. Berlin, 11. April. Die Wahlkreisvertretungen Westfalen-Nord, Westfalen-Süd, Köln-Nachen und Koblenz-Trier der Deutschen Volkspartei erlassen eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Die parlamentarischen Parteien als Ausdruck und Form politischer Willensbildung haben durch den Sieg der nationalsozialistischen Staatsauffassung Sinn und Bedeutung verloren. Wir lösen daher hiermit die bisherige Organisation der Deutschen Volkspartei in den Wahlkreisen Westfalen-Nord, Westfalen-Süd, Köln-Nachen und Koblenz-Trier auf. Wir empfehlen unseren Mitgliedern, sich der nationalsozialistischen Bewegung anzuschließen.“

Dem Beschluß der rheinisch-westfälischen Parteiver-tretungen war eine Unterhaltung des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo mit dem Reichskanzler vorausgegangen, in der die rein patriotischen Beweggründe der beabsichtigten Auflösung vom Kanzler gewürdigt und betont wurde, daß diejenigen Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei übergehen, als willkommene Mitarbeiter begrüßt werden.

Dr. Hugenberg vor der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Berlin, 11. April. In der Fraktions-sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion führte der deutsch-nationale Parteiführer, Reichsminister Dr. Hugenberg, etwa folgendes aus:

Trotz der Arbeitslast, die jetzt auf mir ruht, habe ich den Vorstoß der DVP nicht niedergelagt. Denn einerseits bedarf ich der DVP als organisiertem Träger der Auffassungen, die ich im Rahmen und als Mitglied der nationalen Regierung vertritt. Andererseits bin und bleibe ich dafür verantwortlich, daß die DVP ein loyales und lebendiges Glied der nationalen und sozialen Gemeinschaft bleibt, die wir am 30. 1. begründet haben.

Seit ich die DVP führe, ist ihr Ziel und ihre Arbeit gradlinig auf die Errichtung einer solchen Gemeinschaft und auf die Wahrung der Interessen der Nation und der Nationen gerichtet gewesen. Ich habe seit langem den Gesichtspunkt betont, daß wir unsere Kräfte weit auf-machen müssen, um der nach rechts gerichteten Wand-lung der Geister entgegenzukommen. Ich wiederhole das heute. Aber ich muß heute hinzufügen:

Konjunkturpolitiker sollen keinen Einfluß auf die Rich-tung unserer Politik erlangen — wir lassen uns nicht überreden.

Am 4. Januar 1932 habe ich in Detmold, der Hauptstadt meines kleinen aber schönen Heimatlandes Lippe, gesagt: „Wenn in den nächsten Jahrhunderten ein Volk als Volk am Leben bleiben will, muß es Blut sein, nicht Brei.“ Wir sind jetzt mitten in der Verwirklichung dieses Gedankens. Wir wandeln klar auf den Bahnen des Bundes vom 30. Januar ds. Js. und haben keinerlei Hintergedan-

ken gegenüber unseren Bundesgenossen, deren Verdienst um das aufstrebende neue Deutschland wir nicht anerkennen. Dabei nehmen wir aber selbstverständlich für uns in Anspruch, vollwertige und selbstbe-wusste Mitkämpfer zu sein. Niemand, der mit uns als Deutschnationaler gekämpft hat, darf angefaßt werden. Wir gehören nicht zu der lässlichen Sorte von Bürgerlichkeit, die in engen und bewegten Zeiten seine dem ihm anvertrauten Platz räumt. Wir fühlen uns außer-dem durch das Bewußtsein gehoben, daß wir ein not-wendiges Glied der Pflanzung der Zukunft sind.

Alle Revolutionen tragen die Gefahr in sich, daß sie sich überschlagen, daß sie in Radikalismus, Gefährdungslosigkeit und damit in geistiger und materieller Zerstörung enden. Wir gehören zu den Mächten, die dafür bürgen, daß das, was man Revolution von 1933 nennt und was in deutscher Ordnung und Befugnis unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten und Generalfeld-marschalls v. Hindenburg eingeleitet ist, wirklich eine deutsche Auferstehung wird.

Wo gehobelt wird, fliegen Späne. Aber jeder Mit-wirkende, jeder Führer — und zwar um so mehr, je höher er steht und je rücksichtloser er als Führer anerkannt wird, — ist vor der Geschichte dafür verantwortlich, daß Ziel und Ergebnis nicht ein Trümmerhaufen, sondern ein neuer Frühling des Volkes ist.

Die Fraktion wählte einstimmig durch Zuzug des Abge-ordneten Schmidt, Hannover, zum Fraktionsvor-sitzenden.

Bei der Übernahme des Fraktionsvorsitzes der Deutschnationalen Volkspartei hielt

Hg. Schmidt (Hannover)

eine Rede, in der er u. a. ausführte: „Wir stehen in einem riesenhaften Umformungsprozeß, in dem mit großen Zeiträumen und krisenhaften Entwicklungen gerechnet werden muß. Für die heute zu leistende Arbeit ist der Einsatz aller kämpferischen Kräfte nötig. Die geschichtliche Aufgabe der Deutschnatio-nalen ist noch nicht erfüllt. Sie tragen die Narben man-cher schweren politischen Schlacht. Sie tragen mit christlich-konserverter Staatsauffassung, organischem Wirtschafts-sinn und sozialem Gemeinschaftsgefühl Erfahrungen in sich, die sie zu besseren Helfern beim Neubau machen, als es die Scharen von Konjunkturlingen sind, die behende von Flagge zu Flagge, von Partei zu Partei flattern.“

Dem Rausch der Feiern ist die Fundierung der Regierungsgewalt gefolgt. Der Marxismus ist tot. Der Parlamentarismus hat abgewirtschaftet. Die wunde Wirtschaft braucht Ruhe, Pflege und Stetigkeit. Der-tliche, unorganische Eingriffe sind gefährlich; sie dürfen, wo sie stattfinden, die Entscheidungen, die zwischen den Wirtschaftskörpern und der Regierung zu treffen sind, nicht prä-judizieren. Alle Umbauten und Personalreformen müssen deshalb zugleich unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaft-lichkeit gesehen werden. Ein Abbau bewährter nation-aler Kräfte würde nicht nur dem Grundgedanken der Spar-samkeit, sondern auch dem der Frontkameradschaft wider-sprechen. Das Tempo der inneren Neuordnung ist auch durch die Rücksicht auf die außenpolitische Ge-samtlage bedingt. Hinter dem großen Ziel der Re-vision von Versailles, der Rückgewinnung des deutschen Wehrrechts, der Rettung der blutenden Ostmark, müssen alle innerpolitischen Organisations- und Agitationswünsche zurücktreten. Die neue nationale Volkspartei hat ihre großen Erfolge stets im Zusammenwirken der verbündeten Kräfte erzielt. Eine verjüngte, aktivierte Deutschnationale Volkspartei wird in diesem Block ein sicherer Garant gesunder Entwicklung sein.“

Der Fall Oberfohren.

Die Lage in der Deutschnationalen Volkspartei ist durch die Rede des Reichsministers Hugenberg und seinen Entschluß, die Parteileitung zu behalten, eindeutig geklärt worden. Dies tritt nach außen hin am stärksten in Erscheinung durch die einstimmige Wahl von Hugenberg ver-trauten Mitarbeiter Dr. Schmidt-Hannover zum Fraktionsvor-sitzenden an der Stelle von Dr. Oberfohren. Wie man jetzt nachträglich noch erfährt, plante der frühere Fraktionsvor-sitzende Oberfohren nicht mehr und nicht weniger als eine ähnliche Revolte wie seinerzeit die Volkserkennenden gegenüber der Parteileitung.

In der Fraktions-sitzung machte Dr. Hugenberg selbst von dem Fall Mitteilung. Nach einem parteiamtlichen Bericht führte Reichsminister Dr. Hugenberg aus: Daß Oberfohren mit der am 30. Januar eingeschlagenen Politik innerlich nicht einverstanden gewesen sei, wisse die Fraktion; Die zuständige preussische Behörde habe ohne seine und sei-ner Ministerien Kenntnis eine Haus-suchung bei der Berliner Sekretärin von Dr. Oberfohren vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit habe letztere eine eidesstattliche Aus-sage gemacht, daß zwei bei ihr vorgesehene gegen den Parteivor-sitzenden gerichtete anonyme Rundschreiben von Dr. Oberfohren diktiert und auf seine Anordnung von ihr zum Versand gebracht worden seien. Dr. Hugenberg sei von der Aussage in Kenntnis ge-Setzt worden. Er habe von diesen Mitteilungen bisher keinen Gebrauch gemacht, weil ihm einen Tag später die Nachricht zugegangen sei, daß auch bei Dr. Oberfohren selbst eine Haus-suchung in Kiel stattgefunden habe. Dr. Hugenberg eine bei dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion ohne seine Kenntnis durchgeführte Haus-suchung unter keinen Umständen decken könne, habe er es nicht für möglich gehalten, vor einer mündlichen Aus-sprache mit Dr. Oberfohren von den Aussagen der Sekretärin Gebrauch zu machen. Unmittelbar nachher habe Dr. Oberfohren ohne nähere Begründung sein Mandat nieder-gelegt, was als Bestätigung der belästigenden Aussagen seiner Sekretärin aufgefaßt werden mußte.

Abbau der Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung.

Berlin, 11. April. Nach dem Gesetz zur Änderung der Steuergutscheineverordnung vom 7. April 1933 sollen mit Wirkung vom 1. April 1933 die Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung wegsallen. Für eine Mehrbeschäftigung, die nach dem 31. März 1933 stattfindet, erwächst grundsätzlich kein Anspruch auf Steuergutscheine mehr. Nur wer An-spruch auf Steuergutscheine für eine Mehrbeschäftigung hat, die im ersten Vierteljahr 1933 stattfand, kann auch für eine Mehrbeschäftigung im zweiten Vierteljahr Steuergutscheine beanspruchen, aber höchstens bis zu dem gleichen Betrage,

ODOL ZAHNPASTA
erhält die Zähne
schon weiß & gesund